

Grenzüberschreitende Vollstreckung in der Europäischen Union

herausgegeben von
Miklós Kengyel
Viktória Harsági

sellier. 
european law
publishers

ISBN (print) 978-3-86653-154-3
ISBN (eBook) 978-3-86653-911-2

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 by sellier. european law publishers GmbH, München.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Herstellung: Karina Hack, München. Satz: Daniela Schulz, München. Druck und Bindung: AZ Druck und Datentechnik, Kempten. Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier. Printed in Germany.

Vorwort

Die Vergemeinschaftung des europäischen internationalen Zivilverfahrensrechts hat im vergangenen Jahrzehnt enorme Fortschritte gemacht. Die justizielle Kooperation im Binnenmarkt ist durch zahlreiche Rechtsakte der Europäischen Union – etwa zur grenzüberschreitenden Zustellung, Beweisaufnahme oder Prozesskostenhilfe – merklich verbessert worden, wenngleich noch nicht perfekt. Deutliche Erfolge sind außerdem bei der Verfahrenskoordination zu verzeichnen. Brüssel I diente hier als Vorbild. Brüssel IIa und die Europäische UnterhaltsVO folgten. Weitere Rechtsakte sind zu erwarten.

Sie haben außerdem dazu geführt, dass die grenzüberschreitende Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen noch nie so einfach war wie heute. Auf lange Sicht strebt die Europäische Union sogar eine vollständige Abschaffung des Exequaturverfahrens an. Erste Schritte wurden bereits unternommen, wie z.B. ein Blick in die Europäische VollstreckungstitelVO, die Europäischen MahnVO oder die VO über ein Europäisches Bagatellverfahren deutlich macht. Selbst wenn aber in Zukunft tatsächlich völlige Urteilsfreizügigkeit herrschen und die Möglichkeit des *ordre public*-Einwands im Vollstreckungsstaat gänzlich beseitigt sein sollte, bleibt ein Problem immer noch bestehen – die Unterschiedlichkeit der nationalen Vollstreckungsrechte.

Das Vollstreckungsrecht wurde stets aus den Rechtsetzungsaktivitäten der Europäischen Union ausgeklammert. Es war und ist bislang nicht Gegenstand des europäischen internationalen Zivilverfahrensrechts, wie nicht zuletzt Art. 22 Nr. 5 Brüssel I-VO deutlich macht. Daraus zu folgern, hier bestünden keine Probleme, wäre freilich ein Fehlschluss. Häufig hat der Gläubiger ein (rechtliches) Informationsdefizit, das ihn vor einer grenzüberschreitenden Vollstreckung zurückschrecken lässt. Dieses Informationsdefizit lässt sich natürlich durch die Einschaltung von Rechtsberatern im Vollstreckungsstaat beseitigen. Das treibt freilich die Kosten in die Höhe und lässt eine grenzüberschreitende Vollstreckung mitunter unwirtschaftlich erscheinen. Oft fehlen aber auch Informationen tatsächlicher Art. Verfügt der Schuldner über vollstreckungsfähiges Vermögen? Und wenn ja – wo befindet es sich? Hinzu kommt das altbekannte “Hase und Igel”-Spiel. Wie kann verhindert werden, dass der Schuldner sich die Transnationalität des Sachverhalts zu Nutze macht, um sein Vermögen dem Vollstreckungszugriff des Gläubigers zu entziehen?

Die Kommission hat die Problematik bereits vor einiger Zeit erkannt und die bestehenden Schwierigkeiten in ihren beiden Grünbüchern zur effizienteren Vollstreckung von Urteilen in der Europäischen Union aus den Jahren 2006 (Vorläufige Kontenpfändung) und 2008 (Transparenz des Schuldnervermögens) beschrieben. Die Grünbücher belassen es freilich nicht bei einer Problembeschreibung. Es scheinen bereits – wenn auch nur schemenhaft und meist nur in den die Grünbücher begleitenden Working Papers – erste Ideen der Kommission auf. Gedacht wird u.a. an die Schaffung eines Europäischen Sicherungstitels und einer Europäischen Vermögenserklärung.

Derart weitreichende Vorhaben bedürfen indes gründlicher und vor allem rechtsvergleichender Vorarbeiten. Daran fehlt es jedoch in Europa. Die Zwangsvollstreckung gerät, sieht man einmal von der die Grünbücher vorbereitenden Studie von *Burkhard Hess* ab, nur selten in den Fokus der Prozessrechtsvergleichung. Hier setzt das vorliegende Werk an. Sein Ziel ist es, Beiträge zur “Verbesserung der Effektivität der grenzüberschreitenden Vollstreckung in der Europäischen Union” zu liefern. In verschiedenen Berichten werden zunächst die spezifischen Probleme der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung in ausgewählten Jurisdiktionen analysiert. Der Band bleibt jedoch nicht bei einer bloßen Analyse des Ist-Zustandes stehen. Denn sein zweiter Teil ist einer umfassenden Diskussion der Zukunftsperspektiven gewidmet, in deren Zentrum der Europäische Vollstreckungstitel und die Europäische Vermögenserklärung stehen. Hier werden verschiedene und mitunter durchaus gegensätzliche Ideen entwickelt, die der Generalbericht dann – soweit ihm das überhaupt möglich ist – zusammen führt.

Hervorgegangen ist das Buch aus den Arbeiten einer europäischen Wissenschaftlergruppe unter der Leitung von Prof. Dr. *Miklós Kengyel* und Dr. *Viktória Harsági*. Diesen beiden ist es nicht nur gelungen, die für solche Forschergruppen unabdingbare Finanzierung – in diesem Fall durch die Europäische Union – sicherzustellen, sondern sie bewiesen auch bei deren Zusammenstellung eine glückliche Hand. Denn die Mischung aus renommierten und Nachwuchswissenschaftlern war für die Diskussion stets sehr befruchtend. Hinzu kommt die Mixtur der berücksichtigten Rechtsordnungen. Sie rückt einige – völlig zu Unrecht – nur selten beachtete Rechtssysteme in den Blick der europäischen (Juristen-)Öffentlichkeit und macht deren Zwangsvollstreckungssysteme mit dieser deutschsprachigen Publikation einem größeren Kreis von Rechtsvergleichern zugänglich. Und Rechtsvergleichung, das sei noch einmal wiederholt, tut Not.

Ob, wann und in welcher Form die Kommission ihren beiden Grünbüchern Taten, d.h. konkrete Regelungsvorschläge, folgen lässt, bleibt abzuwarten. Der vorliegende Band steuert jedenfalls zur laufenden, m.E. allerdings noch nicht intensiv genug geführten Diskussion sowohl neue

rechtsvergleichende Erkenntnisse als auch zahlreiche neue Vorschläge bei. Ob sie gelungen und bedenkenswert sind, muss der Leser beurteilen und wird die Zukunft zeigen.

Bayreuth, im Oktober 2010

Stefan Leible

Inhalt

Vorwort	V
Erster Teil Ist-Zustandsaufnahme	
Länderbericht Deutschland	3
<i>Stefan Leible, Michael Müller, Rosa Miquel Sala</i>	
Enforcement Procedure in Finland – an Overview Based on the Questionnaire	49
<i>Laura Ervo</i>	
National Report – Italy	117
<i>Marco de Cristofaro</i>	
Enforcement Procedure in Baltic Countries: Lithuania, Latvia and Estonia	133
<i>Vytautas Nekrošius, Vīgita Vēbraitė</i>	
Studie zur Effektivität der grenzüberschreitenden Vollstreckung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	151
<i>Ulrike Frauenberger-Pfeiler</i>	
Probleme der Vollstreckung aus polnischer Sicht	181
<i>Karol Weitz</i>	
Probleme der grenzüberschreitenden Vollstreckung in Slowenien – Transparenz des Schuldnervermögens und Kontenpfändung	209
<i>Aleš Galič</i>	
Länderbericht Ungarn	239
<i>V. Harsági, E. Herédi, L. Király, M. Kengyel</i>	

Zweiter Teil

Zukunftsperspektiven

Grenzüberschreitende Vollstreckung in Europa <i>Rosa Miquel Sala</i>	275
EU-Sicherungstitel <i>Vytautas Nekrošius, Vígita Vėbraitė</i>	297
Verbesserung der Effektivität der grenzüberschreitenden Vollstreckung in der Europäischen Union <i>Marco de Cristofaro</i>	301
Vorschläge aus österreichischer Sicht zur Erhöhung der Effektivität der grenzüberschreitenden Vollstreckung <i>Ulrike Frauenberger-Pfeiler</i>	317
Der Europäische Sicherungstitel <i>Karol Weitz</i>	327
Verbesserung der Effektivität der grenzüberschreitenden Vollstreckung in der Europäischen Union <i>Aleš Galič</i>	347
Vorläufige Pfändung von Bankkonten <i>Miklós Kengyel</i>	361
Koordinierung der Offenlegung des Schuldnervermögens im Europäischen Justizraum <i>Viktória Harsági</i>	369
Recommendations on Assets Declaration and European Garnishment Order from Hungarian Perspective <i>Erika Herédi, Lilla Király</i>	375

<i>Inhalt</i>	XI
Dritter Teil Generalberichte	
Generalbericht <i>Viktória Harsági, Miklós Kengyel</i>	385
General Report <i>Viktória Harsági, Miklós Kengyel</i>	417
Anhang I <i>Fragebogen – Juni 2009</i>	445
Anhang II <i>Fragebogen – Februar 2010</i>	451
Anhang III <i>Teilnehmer der Konferenzen</i>	455
Sachregister	457